

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846 ppbn d



Inhalt

Hans Matthöfer MdB, Bundesfinanzminister, untersucht das "Finanztableau" zum CDU/CSU-Wahlprogramm: Von zweifelhaftem Wert.

Seite 1/2

Bruno Friedrich MdB/MdEP kommentiert das Ergebnis des KSZE-Hearings im Europäischen Parlament: Die KSZE-Konferenz in Madrid soll stattfinden.

Seite 3/4

Renate Lepsius MdB nach den Attentaten auf Pro-Familia-Einrichtungen: Eine Chance zur Rückbesinnung.

Seite 5

Horst Jaunich MdB berichtet über die Arbeit der Arbeitsgruppe "Lage und Forderungen der Sinti?": Schweres Unrecht ist anzuerkennen.

Seite 6-8

Erwin Horn MdB zeigt auf, wie die FAZ an einer Dolchstoßlegende im Hinblick auf die bevorstehende Niederlage der Unionsparteien bastelt: Strauß ist kein Betriebsunfall.

Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 812-1

35. Jahrgang / 118

25. Juni 1980

Von zweifelhaftem Wert

Auch in der Finanzpolitik: Keine Alternative der Opposition

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesfinanzminister und Mitglied des SPD-Vorstandes

Mit ihrem sogenannten "Finanztableau" will die CDU/CSU ihrem Wahlprogramm den Anstrich der Seriosität verleihen. Eine erste Überprüfung des "Tableaus" zeigt schon, daß die Rechenkunststücke der Union von zweifelhaftem Wert sind.

Abgesehen davon, daß die Berechnungen mit heißer Nadel erfolgten (das Steuerpaket der Union würde für den Bund eine Belastung von nicht sechs Milliarden DM, sondern, nach ersten überschlägigen Berechnungen im Bundesministerium der Finanzen, von etwa 7 1/2 Milliarden DM für 1984 bedeuten; der Gemeindeanteil an den Steuern vom Einkommen beträgt nicht 14 von Hundert sondern 15 von Hundert), zeigt die Durchschnittsbetrachtung der Union die Unseriosität ihrer Aussagen.

Für den Bundeshaushalt 1981 würde das Wahlprogramm der CDU/CSU zu folgenden Konsequenzen führen:



- Mindereinnahmen durch Steuerentlastungen von rund 5 Milliarden DM
 - Mehrbelastungen auf der Ausgabenseite (einschließlich der neuen Belastung für Europa) von insgesamt rund 7 Milliarden DM
- davon rund zwei Milliarden DM für Familiengeld/Erziehungsgeld sowie Ausweitung des Mutterschaftsgeldes und weitere rund drei Milliarden DM für Aufstockung des Kindergeldes

Dieser Mehrbelastung von rund 12 Milliarden DM
 stünden Einsparungen von rund 5 Milliarden DM
 gegenüber, wenn es der Opposition tatsächlich gelingen würde, alle übrigen Bundesausgaben nur um rund drei Prozent ansteigen zu lassen.

Dies ist angesichts der umfangreichen rechtlichen und internationalen Verpflichtungen des Bundes eine unrealistische Unterstellung, die für den leichtfertigen Umgang mit Zahlen, den die Opposition pflegt, kennzeichnend ist.

Nach der Finanzierungsrechnung der Opposition verbleibt, bezogen auf 1981, eine Finanzierungslücke von rund sieben Milliarden DM. Will die Opposition die Kreditaufnahme nicht um diesen Betrag erhöhen, so muß sie deutlich sagen, wie sie ihr Programm finanzieren will. Das von ihr vorgelegte "Finanztableau" sagt dazu nichts aus. Es beruht auf unrealistischen Prämissen und verheimlicht dem Wähler die tatsächlichen finanziellen Konsequenzen.

Die Bundesregierung hat ihre Grundkonzeption für den Bundeshaushalt 1981 klar dargestellt: Die Nettokreditaufnahme 1981 wird nicht über die im Finanzplan vorgesehene Höhe hinaus erhöht. Die Ausgaben des Bundes 1981 werden mit einer Zuwachsrate von vier von Hundert deutlich schwächer zunehmen als das voraussichtliche Bruttosozialprodukt. Hierüber waren sich auch Bund, Länder und Gemeinden im Finanzplanungsrat am 4. Juni 1980 einig.

Auf den steuer- und haushaltspolitischen Kurs der Bundesregierung, der von finanzpolitischer Solidität und gesamtwirtschaftlicher Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland geprägt ist, können sich die Bürger verlassen. Das "Finanztableau" der Union genügt dem Anspruch auf Klarheit und Wahrheit, auf den sie sich so oft beruft, leider nicht.

(-/25.6.1980/ks/ca)

+ + +



Die KSZE-Konferenz in Madrid soll stattfinden

Zum KSZE-Hearing des Europäischen Parlaments in Brüssel

Von Bruno Friedrich MdB/MdEP

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Die Afghanistan-Invasion wird in Europa nicht zur Lähmung des Entspannungsprozesses führen. Dies ist das Ergebnis eines zweitägigen öffentlichen Hearings zur KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid, durchgeführt am 23./24. Juni im Palais d'Egmont in Brüssel.

Als bei der Konstituierung des Politischen Ausschusses des neugewählten Parlaments im September 1979 der SPD-Vorsitzende Willy Brandt dieses Hearing vorschlug, sofort unterstützt vom damaligen Ausschußpräsidenten Colombo, geschah dies in der Absicht, die Notwendigkeit einer neuen Bewegung im Entspannungsprozeß zu betonen.

Die Tatsache der Afghanistan-Invasion führte nicht zum Ergebnis, das KSZE-Hearing abzusagen oder zu verlegen. Diese Entscheidung war richtig. Der Verlauf des Hearings, inhaltlich orientiert am Thema der drei Körbe (Gewaltverzicht, wirtschaftliche Zusammenarbeit, humanitäre Vereinbarungen) brachte interessante Ergebnisse und klare Aussagen über die Zukunft der Entspannungspolitik im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Weltkrise. Die wichtigsten Feststellungen der Sachverständigen kristallisierten sich in folgenden Positionen:

1. Die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid sollte, wie geplant, im November eröffnet, sie sollte nicht verschoben werden.
2. Die Erörterungen der Madrider Konferenz sollten in einen Beschluß einmünden, im Jahre 1981 eine Europäische Abrüstungskonferenz durchzuführen. Diese Konferenz sollte sich auch mit dem Problem der eurostrategischen Nuklearwaffen beschäftigen, da durch sie auch eine neue Kategorie vertrauensbildender Maßnahmen erarbeitet werden muß.
3. Es hat keinen Sinn, die andere Seite zu bestrafen, indem man nicht mit ihr spricht, weil dies bedeutet, daß man sich selbst verstümmelt.



4. Die Interdependenz der drei Körbe darf nicht aufgelöst werden. Deshalb werden wirtschaftliche Sanktionen nicht für sinnvoll gehalten. Der international Handel mildere das starre sowjetische System.
5. Die wirtschaftliche Ost-West-Kooperation soll die notwendige Süd-Kooperation in den Wirtschaftsbeziehungen stärker beachten.
6. Die kommunistischen Staatshandelsländer sollen aufgefordert werden, die EG endlich anzuerkennen.
7. Die Opposition in den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas erwartet, daß die Menschenrechtsverletzungen in Madrid so intensiv behandelt werden wie Korb I und Korb II.
8. Auch Menschenrechtsverletzungen im Westen müssen aufgegriffen werden.
9. Bei allen Menschenrechtsverletzungen gebe es keine Freunde und Feinde, sondern nur Opfer. Menschenrechte sind aktive Rechte.
10. Da nationale Regierungen wegen des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten oft gehemmt seien, sollten supranationale humane Organisationen, wie Amnesty International, in den Rang amtlicher Anerkennung gelangen.

Unter den Sachverständigen waren Persönlichkeiten wie Max van der Stoep, früherer Außenminister der Niederlande und jetzt Kandidat für das Amt des Präsidenten der EG-Kommission; Oberst Jonathan Alford vom Institut für strategische Studien in London; Guido Carli, Präsident der UNICE und früherer Präsident der Bank von Italien; Charles Levinson, Genf, Generalsekretär der Internationalen Gewerkschaft der Chemiarbeiter; der sowjetische Dissident Wladimir Bukowski; der Generalsekretär von Amnesty International, Martin Ennals; und der tschechoslowakische Schriftsteller Pavel Kohout.

Mit diesem KSZE-Hearing hat das direktgewählte Europäische Parlament auch seinen Anspruch angemeldet, der EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) Impulse zu geben. Das Ergebnis des KSZE-Hearings bestätigt, daß der eingeschlagene Weg richtig ist.

(-/25.6.1980/vo-he/ca)

+

+

+



Eine Chance zur Rückbesinnung

Die Attentate auf Pro Familie geben Anlaß zu behutsamer Diskussion

Von Renate Lepsius MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik

Die Attentate auf Beratungsstellen der "Pro Familia" sind offenbar jetzt aufgeklärt. Ein 25jähriger junger Mann gab die Serie von Anschlägen zu. Doch es bleibt Beklemmung und arge Betroffenheit über das Bild der Zerstörung. Denn diese Bilder gleichen jenen Signalen irrationaler Zerstörungswut, mit denen nach 1933 die Nazis die Türen von Pro Familia schlossen.

Wie so vieles aus der deutschen Geschichte ist auch dieses düstere Kapitel in Vergessenheit geraten. Wer erinnert sich noch daran, daß die Arbeit der Pro Familia inmitten der guten Tradition aufklärerischer Bemühungen der Weimarer Republik stand, eine umfassende Geburtenplanung und Sexualaufklärung für die Arbeiter durchzusetzen, Verhütungsmittel unterprivilegierten sozialen Schichten zugänglich zu machen und das soziale Elend des Schwangerschaftsabbruchs aus der Illegalität zu bannen.

So gab es 1932 15 Organisationen für Geburtenkontrolle, mit hunderttausend Mitgliedern; es gab in den großen Städten Abbruchkliniken und mobile Ambulatorien für weniger dicht besiedelte Gebiete. Viele der Ärzte, die damals den Frauen halfen, wurden in die Emigration vertrieben, als das 3. Reich mit dieser demokratischen Entwicklung brach.

Deshalb können wir die Vorfälle von Bremen, von Hamburg und Kiel nicht einfach zu den Akten legen und wieder zur Tagesordnung schreiten. Man muß es schon sehr deutlich machen: Wer, wie geschehen, Urängste contra Geburtenplanung beschwört, wer, wie geschehen, den reformierten Paragraph 218 immer wieder in einem Atemzug mit Judenvernichtung, mit Mord in Massen oder mit Holocaust bringt und wer die Arbeit der Pro Familia mit ihren Einrichtungen als "faschistisch" denunziert, der verleugnet nicht nur republikanische Geschichte sondern stiftet selbst ein Klima, auf dessen Hintergrund die Gegenaufklärung ihre eigenen Fanatiker erzieht.

Die Erfahrung dieser erschreckenden fanatischen Militanz eines Einzelnen stellt nur die Spitze eines Eisberges dar. Der Vorfall bietet aber die Chance, die öffentliche Diskussion um den reformierten Paragraph 218 behutsamer und auch fairer zu führen. In Distanz zu gehen zu üblen und historisch beleidigenden Vergleichen. Und so ist zu hoffen, daß sich die Konservativen in unserem Lande, daß sich Teile der Ärzteschaft und auch der Kirchen ihrer Verantwortung mehr als dies bislang der Fall war, bewußt werden. Damit nicht größerer Schaden angerichtet wird.

(-/25.6.1980/hl/ca)

+

+

+



Schweres Unrecht ist anzuerkennen

Förmliche Gleichbehandlung bedeutet bei Sinti keineswegs tatsächliche Gleichbehandlung

Von Horst Jaunich MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Lage und Forderungen der Sinti" der SPD-Fraktion
des Deutschen Bundestages

Eine ad-hoc-Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der SPD-Fraktionen von Bund und den Ländern hat sich in mehreren Sitzungen umfassend mit der Lage und den Forderungen der Sinti, Roma und verwandter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. Den Beratungen lag das Memorandum des "Verbandes Deutscher Sinti e.V." vom 2. November 1979 und eine Stellungnahme der Bundesregierung vom April 1980 zugrunde.

Nach Prüfung des Memorandums und anderer vorliegender Eingaben, nach eingehenden Gesprächen mit allen beteiligten Ressorts der Bundesregierung und nach Zusammenkunft mit den Verbänden der Sinti in der Bundesrepublik hat die Arbeitsgruppe den SPD-Fraktionen von Bund und Länder einen Bericht gegeben, der von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Er wird die Grundlage künftiger Aktivitäten der Bundestagsfraktion sein und sollte auch sozialdemokratischen Politikern auf Länder- und Gemeindeebene als Richtschnur dienen.

Der Rassenwahn des Nationalsozialismus ließ auch Sinti zum Opfer schwerer Verfolgungen werden. Der größere Teil von ihnen wurde getötet, zahlreiche Sinti durch grausame Lagerexperimente sowie durch Zwangssterilisation in ihrer Gesundheit geschädigt. Die an Sinti verübten Verbrechen sind auch mit den bestehenden Ansprüchen nach dem Bundesentschädigungsgesetz nicht "wieder gutzumachen". Die erlittenen körperlichen Schäden wirken heute noch fort. Diese Tatsachen zu bestreiten, ist eins der unrühmlichen Verdienste der Partei des bayerischen Ministerpräsidenten, die sich beispielsweise weigert, auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau ein Dokumentationszentrum für diese Opfer zu errichten.

Sozialdemokraten in Bund und Ländern erkennen die Verpflichtung, Verfolgten des Nazi-regimes Hilfe zu leisten, an. Dies gilt natürlich auch hinsichtlich der Sinti, Roma und verwandten Gruppen in der Bundesrepublik. Leider ist ihr Schicksal - wie das anderer Gruppen - nicht in dem Maß in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, wie es der Unmenschlichkeit ihrer Verfolgung entsprochen hätte.

Mangelnde Informationen und mangelndes Problembewußtsein haben dazu geführt, daß Angehörigen dieser Gruppen auch nach 1945 moralisches Unrecht widerfuhr. Diskriminierungen aller Art, sei es durch Vorschriften, durch Handeln von öffentlichen Verwaltungen, Verbänden oder auch in der öffentlichen Meinung, müssen beseitigt werden. Dazu gehört auch die Klärung des Verbleibs und der Verwendung der Akten der sogenannten Landfahrerzentralen.

In diesem Sinne hat die Arbeitsgruppe eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet:

1) Die von der SPD-Bundestagsfraktion angeregte Stiftung Wiedergutmachung erhält besondere Bedeutung, weil zwar auch Sinti im Rahmen der geltenden Gesetze Anspruch auf Entschädigung haben, allerdings einige die Ansprüche angesichts der besonderen Lebenssituation ohne eigenes Verschulden nicht geltend machen konnten. Deshalb bekräftigt die Arbeitsgruppe die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion vom 14. November 1978, eine "Stiftung Wiedergutmachung" einzurichten. In den zu konstituierenden Stiftungsorganen sollten die besonderen Belange der Sinti durch eine angemessene Vertretung eingebracht werden können.



2/ Der Tatbestand des Völkermordes an den Sinti ist in der Rechtsprechung und Erklärungen der Bundesregierung bereits in den vergangenen Jahren klargestellt worden. Diese Tatsache sollte im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Wiedergutmachung in aller Form anerkannt werden.

3/ Im Staatsangehörigkeitsrecht bestehen zwar keine besonderen Vorschriften, durch die Sinti benachteiligt oder diskriminiert würden, dennoch muß festgestellt werden, daß gerade Sinti mit ungeklärter, aberkannter oder fremder Staatsangehörigkeit als Ausländer in der Bundesrepublik auf große Schwierigkeiten stoßen: Sie erhalten eine Aufenthaltsberechtigung sowie einen auf zwei Jahre befristeten Fremdenpaß, der regelmäßig Kosten verursacht. Sie werden von den Ausländerbehörden überwacht und unterliegen einer Einschränkung der Gewerbefreiheit. Für sie ist die deutsche Staatsangehörigkeit schwierig zu erlangen, da bestimmte Voraussetzungen (Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift, Nachweis deutscher Herkunft) oft nicht erfüllt werden können. Förmliche Gleichbehandlung bedeutet bei Sinti eben meist keineswegs auch tatsächliche Gleichbehandlung.

4/ Zwei Drittel aller nicht mehr schulpflichtigen Sinti leben bereits seit mindestens 16 Jahren an ihrem jetzigen Wohnort. Das schließt nicht aus, daß viele von ihnen oft auf längere Zeit reisen. Viele von ihnen bevorzugen das Wohnen in Häusern. Diese Entwicklung stellt die für Städtebauplanung Verantwortlichen vor das Problem, wie - der kulturellen Tradition der Sinti entsprechende - Wohnbedingungen geschaffen werden können. Die Modellprojekte in Freiburg-Weingarten und in Köln haben sich offensichtlich bewährt. Die Arbeitsgruppe fordert die für die Wohnungsbaupolitik Verantwortlichen auf, entsprechende Überlegungen anzustellen. Die SPD-Landtagsfraktionen sollen die Regierungen der Länder zur Entwicklung von Modellprojekten in ihrem Bereich anhalten. Dabei erscheint in jedem Fall die frühzeitige Beteiligung der künftigen Bewohner an Planung und Entscheidung erforderlich.

5/ Die Arbeitsgruppe unterstützt die Forderung nach eigenen Lagerplätzen für Sinti. In einer Entschließung des Europarates vom 22. Mai 1975 heißt es treffend:

"Lagern und Wohnen von Landfahrern auf Lagerplätzen, die so ausgestattet sind, daß die Sicherheit, die Hygiene und das Wohlbefinden gefördert wird, sollten erleichtert und unterstützt werden."

Die SPD-Landtagsfraktionen sind aufgefordert, in den Ländern auf die notwendigen Schritte hinzuwirken. Die Bundesregierung soll ein Modellprojekt entwickeln.

6/ Eine offensichtliche Diskriminierung, die mit unserer Verfassungsordnung nicht zu vereinbaren ist, sind allgemeine Zutrittsverbote für Landfahrer zu Campingplätzen. Mit Befriedigung ist zur Kenntnis genommen worden, daß die Bundesregierung im April 1980 an die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände mit der Bitte herangetreten ist, Diskriminierungen von Sinti abzubauen zu helfen.

7/ Große Sorgen bereitet noch die mangelhafte Ausbildung von Heranwachsenden unter den Sinti. Unterschiedliche Ursachen hindern viele junge Sinti daran, der Schulpflicht in ausreichendem Maß nachzukommen. Dies führt zu einem außergewöhnlich hohen Anteil an Sitzbleibern, Sonderschülern und Schulabbrechern. Die Zahl der Analphabeten ist also nicht nur bei den Erwachsenen, sondern auch unter den Heranwachsenden besorgniserregend. Bildungsmaßnahmen können nur dann Erfolg haben, wenn sie die kulturellen Eigenarten der Sinti berücksichtigen. Ein besonderes Problem stellt die schulische Betreuung von Kindern nicht sesshafter oder halbsesshafter Sinti dar. Die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, die Kultusminister der Länder zu entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen. Es muß geprüft werden, wie speziell für diese Aufgabe Lehrkräfte ausgebildet werden können. Ferner scheint es nach vorliegenden Erfahrungen unumgänglich, für diese Gruppen gezielte Unterrichtsmaterialien zu erstellen, um zumindest ein Grundlagenwissen vermitteln zu können. Insbesondere für reisende Sinti sollten spezielle schulische Einrichtungen ge-



schaffen werden. Die vorhandenen internationalen Erfahrungen zum Beispiel in Schweden oder in Großbritannien sind zu berücksichtigen.

8/ Auch die Weiterbildung von Erwachsenen stellt eine Aufgabe für die SPD-Landtagsfraktionen dar. Die Arbeitsgruppe hat den Verbänden der Sinti empfohlen, ihrerseits Vorschläge zu entwickeln, wie durch Sonderprogramme auf der Grundlage des Arbeitsförderungsgesetzes die berufliche Qualifikation von Sinti verbessert werden kann. Die Bundesregierung wird zu prüfen haben, ob sich Notwendigkeiten für Gesetzesnovellierungen beim Arbeitsförderungsgesetz und dem Berufsbildungsgesetz ergeben.

9/ Schon in der Schule muß für gegenseitiges Verständnis und tolerantes Miteinander verschiedener kultureller Lebensformen in der Bundesrepublik geworben werden. Unterrichtsmaterialien mit diskriminierenden Darstellungen dürfen nicht weiter benutzt werden. Ebenso sind Lehrpläne (Rahmenrichtlinien) und Unterrichtsmaterialien mit Informationen über Geschichte und Kultur der Sinti zu erstellen, in der geplanten Empfehlung der Kultusministerkonferenz über die Behandlung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus sollte auch das Schicksal der Sinti mit einbezogen werden.

10/ Zahlreiche Sinti erhalten Unterstützung nach dem Bundessozialhilfegesetz. Die Erfahrungen zeigen, daß die Sozialämter ihren Ermessensspielraum bei der Vergabe von Mitteln nach dem Bundessozialhilfegesetz in sehr unterschiedlicher Weise auslegen. Aus diesen Unterschieden ergeben sich "Sogkräfte", die von jenen Orten ausgehen, in denen sie finanzielle Unterstützung erlangen. Auf der anderen Seite grenzt oft die engherzige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen an Behördenwillkür. Diese Situation liegt weder im Interesse der Betroffenen noch der beteiligten Behörden.

Die Arbeitsgruppe schlägt der Bundesregierung daher vor, zum Abbau solcher "Sogkräfte" und zur gleichmäßigen Verteilung finanzieller Belastungen, die Spitzenverbände der Kommunen und freien Wohlfahrtsverbände zu informieren und auf die Notwendigkeit der gleichmäßigen und uneingeschränkten Durchsetzung der aus dem Bundessozialhilfegesetz abzuleitenden Rechtsansprüche hinzuweisen. Diese Vereinheitlichung sollte besonders folgende Problembereiche mit erfassen:

- Umfang der Anrechnung der Kraftfahrzeuge und Wohnwagen als Vermögen,
- Nachweis beziehungsweise Schätzung der Einkommenslage,
- Hilfen bei der Finanzierung der Wohnunterkunft während der Reisemonate,
- Schaffen von Arbeitsgelegenheiten bei Wahrung kultureller Besonderheiten,
- weitere spezielle Hilfsmaßnahmen (nach Paragraph 72 BSHG).

11/ Bei den Sinti bestehen häufig erhebliche Informationsdefizite über die innere Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Traditionell ausgebildete, mit den Lebensweisen der Zigeuner nicht vertraute Sozialarbeiter können diese Defizite nicht immer befriedigend schließen. Notwendig sind eigene - mit der Kultur der Sinti - vertraute Sozialarbeiter. Die Bundesregierung ist deshalb zu ermutigen, Ausbildungsprogramme für hauptamtliche Berater und Sozialarbeiter von und für Sinti zu entwickeln. Die Förderung eines speziellen Modellprojektes durch die Bundesregierung ist zu empfehlen. Bestrebungen der Sinti-Verbände, zentrale Beratungsstellen einzureichten, sollten gefördert werden.

12/ Die Arbeitsgruppe rät der SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Landtagsfraktionen, die Forderung der Sinti-Verbände nach Schaffung eines oder mehrerer Kultur- und Dokumentationszentren über die Geschichte der Sinti und zur Pflege ihrer Kultur zu unterstützen.

13/ Als Ergebnis der gegenwärtig noch weit verbreiteten gesellschaftlichen Isolation der Sinti in der Bundesrepublik besteht auf beiden Seiten - bei den Sinti und bei Politikern eine spürbare Unsicherheit im Dialog. Sie gilt es durch häufige und selbstverständliche Begegnungen schrittweise abzubauen. Die Bestrebungen zur Schaffung eines einheitlichen Dachverbandes der Sinti ist nach Kräften zu fördern.

(-/25.6.1980/ks/ca)

+ + +



Strauß ist kein Betriebsunfall

Die FAZ bastelt an einer Dolchstoßlegende

Von Erwin Horn

Mitglied des Deutschen Bundestages

"Hetze statt Wahlkampf", so überschreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung ihren Leitartikel vom 18. Juni. Und nach der immer deutlicher werdenden Methode dieser Zeitung werden die Engel des Lichtes und der Finsternis nach politischen Himmelsrichtungen eingeteilt: Die Bösen zur Linken und die Guten zur Rechten. Franz Josef Strauß ist das Opfer verleumderischer Machenschaften und böser Hetze. Dieselbe Zeitung, die vor vier Jahren den Slogan von CDU/CSU Freiheit statt/oder Sozialismus überschwinglich als genialen Werbetriumph der Unionsparteien feierte, zimmert jetzt schon an der Dolchstoßlegende bei einer Wahlniederlage der Opposition.

Da sind die jüngsten Untersuchungen des Infas-Instituts und des Instituts Wahlen der Mannheimer Gruppe wesentlich präziser als die Spekulationen und Unterstellungen der FAZ. Auch ohne Franz Josef Strauß hätten die Unionsparteien, so stellen die renommierten Institute fest, kaum eine Chance auf einen Wechsel in Bonn bei den diesjährigen Bundestagswahlen. Zweifellos verstärkt und verfestigt Franz Josef Strauß das negative Bild der Unionsparteien. Seine Kanzlerkandidatur durch Erpressung der Schwesterpartei ist bei der Bevölkerung ebensowenig vergessen, wie die Sorge der Bürger, daß Franz Josef Strauß eben kein Betriebsunfall ist, sondern symptomatisch für die Rechtsentwicklung in der CDU/CSU.

Als besonderer Mangel aber wird das Fehlen einer überzeugenden programmatischen Aussage der Unionsparteien empfunden. Ihre Widersprüche sind zu offensichtlich: Mehr Steuersenkungen für alle Schichten der Bevölkerung, höhere Ausgaben in entscheidenden Bereichen wie Verteidigung, für die Landwirtschaft und für die Familien und zugleich Abbau der Staatsverschuldung.

Die CDU/CSU hat sich bisher von einer überzeugenden und redlichen inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Koalition gedrückt. Statt dessen versuchte sie, mit Tricks die Macht in Bonn zu erlangen.

- 1971/72 startete sie den Versuch, durch Überläufer die Regierungsmacht in Bonn wieder zu gewinnen.
- 1974/75 versuchte sie unter Ausnutzung der weltweiten Öl- und Weltwirtschaftskrise, die sozialliberale Koalition zu erschüttern, indem sie durch Ursachenvertauschung der sozialliberalen Koalition weltweite Schwierigkeiten in die Schuhe schob, ohne selbst Alternativen aufzuzeigen.
- Nachdem durch Täuschung zustande gekommenen Regierungswechsel in Niedersachsen versuchte die Opposition den Machtwechsel in Bonn durch die Hintertür von Landtagswahlen herbeizuführen und die Gesetzgebung des Parlaments durch Obstruktionspolitik im Bundesrat zu konterkarieren.

Bis heute fehlt jedes schlüssige Konzept der Opposition, das einen inhaltlichen Ansatz zur Auseinandersetzung mit der Regierung bietet. Die Opposition hat sich ins Abseits gestellt. Zeitungen wie die FAZ mögen darüber nachdenken, ob es sehr hilfreich ist, die Opposition in ihrem gegenwärtigen Kurs noch zu bestärken. (-/25.6.1980/hl/ca)

